

blick punkt

Nr. 270
Juni 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Jetzt gehts ans...



In diesen Tagen und Wochen gibt es täglich Horrormeldungen aus Bonn, aus den Chefetagen der Konzerne, aber auch aus den Rathäusern. Um es auf den Punkt zu bringen: Jetzt geht's ans Eingemachte. Karenztage sollen eingeführt werden, die Pflegeversicherung sollen die Beschäftigten möglichst alleine bezahlen, neue Abgaben überall.

Auch in unserer Stadt denkt der Kämmerer an weitere Gebührenerhöhungen.

Wenn man genau hinsieht, merkt man: alles richtet sich gegen die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung, gegen die Armen und die Alten, die Kranken. Dafür ein paar Beispiele:

● Die Arbeitslosenzahlen steigen dramatisch: 3,5 Millionen!

● Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Schlechtwetter- und Kurzarbeitergeld sollen gekürzt werden.

● Es gibt keine neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr, weil die Bundesregierung die Zuschüsse gestrichen hat. Das gibt zusätzlich noch einmal 250 000 Arbeitslose mehr.

● Die Automobilindustrie kündigt allein für dieses Jahr die Vernichtung von 50 000 Arbeitsplätzen an.

Die Stahlindustrie spricht von zunächst 35000 Arbeitsplätzen, ganze Standorte sollen stillgelegt werden.

Damit wird mindest noch einmal die gleiche Zahl von Arbeitsstellen bei Zulieferbetrieben vernichtet.

Der Bergbau legt Zechen zusammen, macht Zechen dicht, plant Massenentlassungen.

Der Maschinenbau plant Entlassungen in fünfstelliger Höhe, die Chemieindustrie ebenfalls usw. usf.

● Die bisherigen Tarifabschlüsse für Löhne und Gehälter liegen unter der Inflationsrate, d. h. die Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung werden gesenkt.

● Damit steigen auch die Renten weniger als die Preise, d.h. also auch Einkommensverluste für Rentnerinnen und Rentner.

● Arbeitsminister Blüm (CDU) kündigt eine Erhöhung der Beitragssätze für die Rentenversicherung von über einem Punkt an.

● Familienministerin Rönsch (CDU) will die Sozialhilfe für kinderreiche und bedürftige Familien mit vier Kindern und mehr kürzen.

● Funktionäre der kommunalen Spitzenverbände wie Rommel (CDU) oder Bernrath (SPD) kündigen an, die kommunalen Gebühren für Kindergärten, Müllabfuhr, Altenheime, Friedhöfe müßten erhöht werden; die kommunalen Ausgaben für sozialen Wohnungsbau, den öffentlichen Nahverkehr, die Sportförderung, für Kultureinrichtungen müßten gekürzt werden. (Wie das aussieht, erleben wir gerade in Frankfurt, vielleicht wird es demnächst bei uns ähnlich laufen. In Vordrants Schublade liegt schon einiges bereit.)

Das sind alles nur ein paar Meldungen aus den letzten Tagen und Wochen.

Sie alle bedeuten nur eines: Kürzungen der Sozialleistungen und Einschränkung der sozialen Rechte, höhere Belastungen für die Bevölkerung.

Es soll überall gespart werden. Dabei fällt auf: In nicht einem einzigen Fall ist von den Unternehmern die Rede, in nicht einem einzigen Falle werden die Gewinne der Konzerne erwähnt, und in nicht einem einzigen Fall werden die Politikerdiäten und Ministergehälter angesprochen (Beiläufig: Leute mit Spitzengehältern können leicht Gebührenerhöhungen beschließen).

Man redet vom "Solidarpakt" denkt aber nicht daran, an die ungeheuren "Vereinigungs-Gewinne" z.B. der Banken und Kaufhauskonzerne zu gehen.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 1)

Was Waigel betreibt, ist nichts anderes, als die Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der Bevölkerung!

Da fragen sich die Leute schon, ob das alles Erblasten der "maroden sozialistischen Wirtschaft" sind. Natürlich nicht! Das sind ganz normale Lasten der kapitalistischen Wirtschaft, der seit Jahren steigenden Massenarbeitslosigkeit, der von den privaten Konzernen in den Sand gesetzten Konjunktur, der Massenentlassungen in vielen Industriezweigen, der kaputten Rentenversicherung, der steigenden Armut und der damit belasteten Sozialhilfe, der maroden Bundesbahn usw. usw.

Was wir jetzt brauchen wäre ein wirklicher Solidarpakt aller arbeitenden und arbeitslosen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik in West und Ost gegen die Folgen dieser "freien" Marktwirtschaft, damit die Lebensinteressen der Bevölkerung nicht unter den kapitalistischen Hammer kommen!



Auf der einen Seite Luxus auf der anderen Seite wachsendes Elend

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder dieser Erde. Ihr gesellschaftlich erwirtschafteter materieller Reichtum hat sich in den vergangenen Jahren stetig vermehrt. Dennoch leistet sie sich den Skandal millionenfacher Armut und Verelendung:

- Den Skandal von inzwischen 150000 Menschen ohne Dach über dem Kopf.
- Den Skandal der Massenarbeitslosigkeit, die mit nunmehr über drei Millionen offiziell registrierter Erwerbsloser Ausmaße wie am Ende der Weimarer Republik angenommen hat.
- Den Skandal von inzwischen vier Millionen Menschen, die regelmäßig den Gang zum Sozialamt antreten müssen.

● Den Skandal von rund 200000 Kindern, überwiegend armer Eltern, denen Verwahrlosung droht.

● Den hundertausendfachen Skandal von Armut und Unterversorgung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit im Alter.

Während in diesem Land immer mehr Milliardäre und Multi-Millionäre gezählt werden, während der verschwenderische Konsum teurer Luxusgüter aller Art boomt wie nie, müssen sich gleichzeitig immer mehr Menschen ohne Hoffnung und Perspektive mit Eßbarem aus Müllcontainern über die Runden retten, weil ihre Sozialhilfe nicht bis ans Ende des Monats reicht.

Geld ist da

Man muß einfach mal wieder an die verfassungsrechtlich verbürgte Sozialpflichtigkeit des Eigentums erinnern. Man muß der Behauptung widersprechen, für eine soziale Politik sei nicht mehr genug Geld da. Zwar engt eine rasant zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand (derzeitig rund zwei Billionen Mark) aufgrund einer falschen Politik, die die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert, den Handlungsspielraum des Staates ein. Doch eine Gesellschaft ist nicht arm,

- in der Besserverdienende innerhalb eines Vierteljahres (August bis Oktober 1992) 46 Milliarden Mark ins Ausland transferieren, um der Zinsbesteuerung zu entgehen;
- die ein (überwiegend beim wohlhabenden oberen Drittel der privaten

Haushaltekonzentriertes) Geldvermögen von 3,4 Billionen Mark (1991) angehäuft hat;

● deren Produktionsunternehmen, die teilweise mehr Subventionen erhalten, als sie hierzulande Steuern zahlen, 130 Milliarden Mark (im Jahr 1991) an Nettoinvestitionen tätigen und gleichzeitig über liquide Mittel von rund 600 Milliarden Mark (bei einem Geldvermögensbestand von 1,7 Billionen Mark) verfügen;

● deren Regierung Jahr für Jahr mit 50 Milliarden Mark den weltweit dritthöchsten Militäretat füttert und die, statt auf Null abzurüsten, die Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze umrüstet.

Ungeheurer Reichtum und Armut in Deutschland ist die eine Seite. Das internationale Kapital hat bei seinen Beutezügen rund um den Globus Verheerungen und Elend angerichtet die wir auch sehen müssen. Nun wachsen die Flüchtlingsströme an. Die neuen Mauern, die Europa zur Festung ausbauen sollen, werden nicht halten. Das Unheil, das die Profitsucht über die Welt gebracht hat, schlägt zurück.

Was ist zu tun?

Man darf sich vom scheinbar alternativen Sieg des Kapitalismus im kalten Krieg nicht täuschen und entmutigen zu lassen. Man muß weiter und entschiedener über Konzepte und Strategien für gesellschaftliche Alternativen nachdenken und um sie ringen. Und das wiederum gilt für alle, die sich als Linke verstehen.

Sicher haben Sie auch schon oft gedacht - »das wär was für den blickpunkt«.

**Also, demnächst einfach anrufen:
Tel. 23366, 22362,
3335, 3859.**



Mein Gott, das dauert!

Seit Monaten ist der Anschluß B 44/ Industriestraße fertig, Die Zufahrt zum Gewerbegebiet Ost würde für alle, die aus Richtung Frankfurt kommen, um ca. 3 km verkürzt, die Umgehungsstraße und der "Luleyknoten" entlastet. Begründet wird die Verzögerung mit der fehlenden Einstellung der Ampelanlage.

Viele Autofahrer haben dafür kein Verständnis, die Aus- und Einfahrt wird trotz Sperrung schon rege genutzt. Vielleicht wäre es doch allmählich an der Zeit, die Zufahrt zu öffnen, die Absperrung aufzuheben und so die Befahrung zu erlauben. Auch ohne Ampelanlage wäre das eine vernünftiger Lösung, als die fertige Straße noch länger der Nutzung zu entziehen. Andere Straßen werden auch nicht abgesperrt, wenn einmal die Ampel ausfällt.

Sollte es dem Magistrat an einem Band fehlen, um die Eröffnung zu vollziehen, wäre die DKP Mörfelden-Walldorf bereit, eines für diesen Zweck zu stiften. Sollte es allerdings am Terminkalender des Verkehrsministers hängen, den der Bürgermeister zur Eröffnung eingeladen hat, sollte lieber auf den hohen Gast verzichtet werden.

Gerd Schulmeyer

Offen und ehrlich

In der Lokalpresse wird der Erste Stadtrat und SPD-Chef Vorndran mit den Worten zitiert, daß die DKP/Offene Liste aus Selbsterhalt Opposition bleiben wolle. Sie sei deshalb für die SPD kein Gesprächspartner für Koalitionsverhandlungen. Letzteres trifft zu. Auch daß wir Opposition bleiben wollen, ist richtig. Das haben wir schon weit vor der Kommunalwahl und im Wahlkampf mit unserer Hauptaussage "Linke Opposition bleibt notwendig" offen erklärt. Dazu stehen wir auch nach der Wahl - auch wenn das ein Herr Vorndran nicht versteht. Für uns ist das eine Frage der Ehrlichkeit den Bürgern und unseren Wählern gegenüber. GS

UZ Zeitung der DKP

Probeexemplare bestellen!

Hoffnungstraße 18,
4300 Essen 1



Wer die Macht hat, macht das Recht

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gab es in Deutschland zwei unterschiedliche Regelungen für einen Schwangerschaftsabbruch: Die Indikationslösung (Schwangerschaftsabbruch unter eng ausgelegten sozialen oder medizinischen Bedingungen) in den alten Bundesländern und die Fristenregelung in den neuen Bundesländern. Vor einem Jahr beschloß der Bundestag parteienübergreifend mit Mehrheit eine allgemeine Fristenlösung mit vorhergehender Beratungspflicht und Unterstützungsmaßnahmen wie ausreichende Angebote der Kinderbetreuung. Das Bundesverfassungsgericht hat nun die vom Bundestag beschlossene Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch in weiten Teilen als verfassungswidrig und nichtig erklärt. Damit hatte die Klage der bayrischen Landesregierung und von 249 Unionsabgeordneten Erfolg. Abtreibungen sind zwar nicht mehr strafbar, wenn die Frauen vorher an einer Beratung teilgenommen haben, aber sie sind weiterhin verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß eine Abtreibung nur dann zulässig ist, wenn das Leben der Frau gefährdet ist, ein schwer behindertes Kind geboren würde oder nach einer Vergewaltigung. Wenn Frauen sich aus persönlicher, sozialer oder psychischer Notlage für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, dann müssen sie erst eine Klinik finden, die auch bereits ist, einen "rechtswidrigen Abbruch" vorzunehmen. Die Kosten hierfür müssen die betroffenen Frauen selbst tragen, ansonsten folgt der demütigende Gang zum Sozialamt oder zum Kurpfuscher. Neben dem neugefaßten Paragraphen 218a wurde auch der neugefaßte Paragraph 219, der eine

Pflichtberatung drei Tage vor dem Eingriff vorsieht, für nichtig erklärt. Die Beratungsstellen sollen künftig "mehr dem Schutz des Lebens dienen" und nur einer Schwangerschaftsunterbrechung in Ausnahmefällen zustimmen. Nur staatlich anerkannte Beratungsstellen dürfen danach eine Beratung vornehmen. Hauptsächlich sind damit wohl die konfessionellen Beratungsstellen gemeint. Finanzierungen für Pro Familia, die sich für Schwangerschaftsabbrüche einsetzen, werden in vielen Bundesländern verweigert. Es wurde mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes deutlich, daß eine selbstbestimmte Schwangerschaft kei-

nen Platz in dieser männerdominierten Gesellschaft hat. Deswegen konnte eine Minderheit über die Mehrheit des Parlamentes und der Bevölkerung triumphieren. Die Urteilsverkündung löste heftige Proteste bei den § 218-GegnerInnen aus. Aber wir hätten alle gewarnt sein müssen. In einer Gesellschaft, die von Tag zu Tag konservativer wird, war ein liberaleres Urteil nicht zu erwarten. Erst wenn sich der Protest in massenhaften Widerstand verwandelt, dann wird es möglich sein, daß kein Karlsruher Gericht ein weiteres Mal ein solches Urteil "im Namen des Volkes" fällt. Helga Fritz

Sofortmaßnahmen für mehr Kita-Plätze in Arbeit

Wenn auch im Stadtparlament keine Aussprache zum Sachbericht stattfand - SPD, GRÜNE und CDU hatten gegen die DKP/Offene Liste so entschieden - so liegt immerhin ein Papier vor, auf dessen Grundlage eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Mitglieder des Sozialausschusses Lösungsmöglichkeiten erarbeiten soll, die im Juli dem Parlament und seinen Ausschüssen vorliegen sollen.

Für die umfangreiche Sammlung von Informationen und Stellungnahmen soll an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Dienststellen der Stadtverwaltung und anderer einbezogener Ämter, Institutionen und Gremien, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, Dank gesagt.

Klagen aus dem Umfeld des Bürgermeisters über "die viele Arbeit" der Stadtverwaltung mit den "Sofortmaßnahmen" halten wir allerdings für nicht angebracht - vor allem deshalb, weil das Stadtparlament in seltener Einmütigkeit den Magistrat beauftragt hat, in einer sozialen Angelegenheit tätig zu werden, in der es offensichtlich Versäumnisse gibt. Und das deshalb, weil sich die Verwaltung - vor allem die politische Verwaltung - über einen zu langen Zeitraum auf die Verteilung eines Mangels eingerichtet hat. Der Antrag der DKP/OL-Fraktion hat erst

einmal Bewegung in die Sache gebracht. Den ersten Schritt im Sinne unseres Antrags sehen wir mit der Einrichtung der Ad-hoc-Gruppe "Sofortmaßnahmen" gegangen, wenn es auch noch Debatten in der Frage geben wird, ob der Schwerpunkt ausschließlich auf mehr Kindergartenplätzen liegen, oder ob zugleich das Angebot an Hortplätzen erweitert werden soll, was erklärtes Ziel unseres Antrags war. Dazu wird in der AG, den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung noch zu sprechen sein. Deutlich wurde bis heute schon, daß "Sofortmaßnahmen" - nicht nur wegen der Kosten - schwer zu realisieren sein werden. Immerhin geht es um ca. 125-130 Kindergartenplätze und etwa 25-30 Hortplätze, die zum 1. September dieses Jahres zu schaffen sind. Um so befremdlicher ist es, wenn der Bürgermeister in seinem ersten Schreiben zur Sache meint feststellen zu müssen, "daß auch die Kindergartenbeiträge kein Tabu sind" und der Erste Stadtrat und Stadtkämmerer laut Presseberichten Kosten in Höhe einer guten Million prophezeit. Da scheint der Wink mit dem Zaunpfahl "Bedarf ist, was man bezahlen kann" die Feder geführt zu haben.

Auch der "Schwächeanfall" des Bürgermeisters in der Sozialausschußsitzung, wo er sich in die Äußerung verstieg: "Wenn ich merke, daß hier politisch gespielt wird, sind Sie mich gleich los. Dann lege ich den Bericht vor und dann machen Sie, was Sie wollen!" - an wessen Adresse auch immer gerichtet-

(Fortsetzung Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

unterstreicht, wie sehr er darunter leidet, daß er nicht "Herr des Verfahrens" ist, sondern vom Parlament einstimmig auf Versäumnisse hingewiesen wurde die in seinem Verantwortungsbereich liegen. Darunter und unter seinen Bemühungen, alle Fäden wieder in die Hand zu bekommen, sollte allerdings nicht die Arbeit an der Thematik

"Sonderprogramm" zu leiden haben. Wir erwarten, daß dies nicht der Stil ist, den der Bürgermeister in der "Ad-hoc-Gruppe" an den Tag legen wird und können (wie sicher auch die Erziehungsberechtigten und Erzieherinnen) auf die Belehrungen verzichten, daß es hier um Geld aller Steuerzahler geht, auch andere städtische Bedienstete berechnigte Forderungen haben und auch

andere Maßnahmen wichtig sind (z.B. "Waldenserhof"). Das nennen wir "politisch gespielt", Interessengruppenebene ausgespielt, nach dem klassischen Motto "Teile und herrsche!". Damit tut Bürgermeister Brehl sich und der Sache, in der ein Stück Zukunft in unserer Stadt auf dem Spiel steht, keinen Gefallen.

Gerd Schulmeyer



Die Waffen nieder!

Vor 150 Jahren wurde Bertha von Suttner geboren.

In unserer Stadt hat sie einen guten Namen. Die Schule zwischen Mörfelden und Walldorf heißt Bertha von Suttner-Schule. Schon Anfang der zwanziger Jahre spielten Mörfelder Arbeiter ihr Stück "Die Waffen nieder!". An ihrem Geburtstag gab es in der Schule eine Feier, dort gibt es auch eine hervorragende Dauerausstellung über ihr Wirken und dazu einen 80-Seiten-Katalog, der sehr zu empfehlen ist. (Diese Ausstellung wird gerade im Heimatmuseum Mörfelden gezeigt.)

Ab 19. September gibt es im Mörfelder Museum außerdem eine UNO-Ausstellung "Bertha von Suttner und andere Frauen der Friedensbewegung".

Gesetzt den Fall, Bertha von Suttner, deren Geburtstag sich am 9. Juni 1993 zum 150. Mal jährte, könnte einen Blick auf das heutige Europa und die heutige Welt werfen, wiewürde sie reagieren? Wäre sie entsetzt, empört, traurig, entmutigt? Würde sie resignieren oder verstärkt den Kampf weiterführen wie nach ihr andere, von Karl Liebknecht über Carl von Ossietzky bis Mahatma Gandhi? Fest steht jedenfalls, ihr Vermächtnis wurde bisher nicht erfüllt.

Als Bertha von Suttner 1892 "Die Waffen nieder!" als Katechismus der pazifistischen Bewegung im "Vorwärts" abdrucken ließ, folgte drei Monate später Friedrich Engels mit der Arbeit "Kann Europa abrüsten?". Die pazifistische Bewegung entfaltete sich, die Sozialdemokratie pflanzte die Fahne des Antimilitarismus auf. Im November 1892 wurde "Die Deutsche Friedensgesellschaft" gegründet. Bertha von Suttner wurde ihre Seele, und sie erhielt 1905 als erste Frau den Friedens-Nobelpreis, während sie gleichzeitig als "Vaterlandsverräterin" verleumdet wurde.

Sie blieb sich selber treu und gab mit ihrem Roman und ihrer Haltung ein Epoche-Signal, das Leo Tolstoi, Henri Barbusse, Arnold Zweig, Carl von Ossietzky, Ludwig Renn, Erich Maria Remarque und viele andere weitertrugen. Es ist erschreckend, daß ihre Appelle an Menschlichkeit und Vernunft gerade in Deutschland von den Herrschenden - und hier gibt es eine noch ungebrochene Kontinuität - mißachtet, verleumdet und unterdrückt wurden.

Die hundert Jahre, die seit "Die Waffen nieder!" vergangen sind, widerlegen die These, die "Abschreckung" und Überrüstung können Frieden stiften. Mit Waffen wurde kein Frieden geschaffen, sondern eine Blutspur über die ganze Welt gezogen.

Sollte es nicht möglich sein, daß angesichts der leidvollen Erfahrungen vor allem die Sozialdemokratie, die Kirchen, die Gewerkschaften - Organisationen die

Einfluß haben - ein für allemal Nein zu jeder Art von Kampfeinsätzen sagen, wie immer sie begründet werden?

Was haben die Kirchen damit gewonnen, daß sie Wilhelms und Hitlers Krieg segneten?

Welchen Nutzen brachte den Sozialdemokraten das Ja zu den Kriegskrediten und zum Panzerkreuzerbau, der lediglich die Vorstufe zu Hitlers Aufrüstung war?

Könnte nicht Suttners Buch und Engels Arbeit Schullektüre für alle werden? Friedrich Engels wies 1892 nach, daß Abrüstung auch unter kapitalistischen Bedingungen für alle europäischen Staaten nötig, nützlich und möglich sei. Es wäre viel gewonnen, wenn heute viele sich die Appelle an die Vernunft und Menschlichkeit zu eigen machen, deren Mißachtung durch Politiker, Rüstungshaie und Demagogen (auch in "christlichem" Gewande) den Völkern einen hundertjährigen Golgathaweg durch Krieg und Vernichtung aufzwang.

Die damalige Losung "Die Waffen nieder!" könnte heute "Frieden schaffen ohne Waffen" oder, wie ja von manchen Christen früher propagiert, "Schwerter zu Pflugscharen" lauten. Wenn die ersten Särge mit deutschen Soldaten von internationalen Kriegen zurückkommen, dann wird der eine oder andere möglicherweise sich an Bertha von Suttner erinnern. Sie jedenfalls würde heute mit Sicherheit fordern: Nein und nochmals Nein zu jeder Art von Kampfeinsätzen.

Aktuelle Bertha von Suttner.

18. Juni 1993, 22 Uhr, Open-Air im Hof des »Goldenen Apfel«.

Gezeigt wird ein einmaliges Filmdokument: Die Verfilmung des Romanes »Die Waffen nieder!«

Ein Stummfilm aus dem Jahre 1914 mit Aufnahmen Bertha v. Suttners aus ihren letzten Lebensmonaten.

Wadenwickel gegen die Pest

Wenige Tage nach Solingen gab es in unserer Stadt eine Parlamentssitzung. Die Fraktion der DKP/Offene Liste legte einen Resolutionstext als Entwurf für eine Stadtverordnetenerklärung auf den Tisch. Aufregung im "Hohen Haus". Fast eine Stunde tagten vorher die Fraktionsvorsitzenden. Es gab den Wunsch, die DKP/OL möchte doch ihren Entwurf zurückziehen, um allen Fraktionen zu ermöglichen, ohne Aussprache einem anderen Text zuzustimmen. Der wurde dann auch auf den Tisch gelegt. Für die DKP/OL-Fraktion war der brave, unverbindliche Text nicht zu verantworten. Für die Fraktion sagte dazu Rudi Hechler u.a.:

"Es brennt in Deutschland! In der vergangenen Nacht gab es fünf Brandanschläge gegen Ausländerwohnungen! In einer solchen Situation sollte man Roß und Reiter nennen und nicht Unverbindliches verabschieden. Wenn wir weiterhin nur die Folgen einer Massenstimmung beklagen und keine Ursachen benennen, dann benutzen wir Wadenwickel, wenn schon die Pestbeulen zu sehen sind!" Der nachfolgend abgedruckte Textentwurf der DKP/OL wurde anschließend von der CDU und der SPD abgelehnt, während Grüne und DKP/OL zustimmten.

"Wir sind erschüttert über die wachsende Gewalt gegen AusländerInnen in unserem Land.

Erst vor wenigen Wochen erklärte Bundeskanzler Kohl in Ankara, daß es ein Mölln nie wieder geben würde.

Heute haben wir Solingen und wir wissen nicht, welcher Städtenamen uns morgen die Schamröte ins Gesicht treibt.

In den sechs Monaten zwischen Mölln und Solingen ist viel geschehen. Die Anschläge eskalierten, jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten gegen Faschismus und Krieg wurden geschändet, das Asylrecht de facto abgeschafft.

Bei Überfällen und Brandstiftungen wurden in den letzten 17 Monaten 21 Menschen von Rechten und Rassisten ermordet.

Nur kurz nach der Asyldebatte im Deutschen Bundestag wurden nun fünf türkische Frauen und Mädchen in Solingen umgebracht.

Offenbar fühlen sich die rechtsradikalen und neofaschistischen Gruppen von der Politik der großen Parteien gegen Flüchtlinge zu weiteren Gewalttaten gegen hier lebende Ausländerinnen und Ausländer ermutigt.

Viele Politiker und Medien haben mit der Asyldebatte Stimmung gegen Aus-

länderInnen gemacht und das Feindbild "Asylant" geschaffen.

Die Sorgen und Zukunftsängste der Menschen, wie Arbeitslosigkeit, Umweltkatastrophen, Kriege und der Verlust sozialer Leistungen wurden demagogisch gegen Flüchtlinge gerichtet.

Nun gibt es wieder die Krokodilstränen jener, die nicht unerheblich dazu beigetragen haben, daß in unserem Land eine Stimmung entstehen konnte, die offenbar immer wieder rechtsradikalen Wirtsköpfen und Verbrechern das Gefühl vermittelt, jede Tat gegen AusländerInnen sei eine gute Tat; eine Tat im Interesse Deutschlands und der Deutschen.

Nicht nur nach jenen gilt es zu suchen, die in Solingen die Brandsätze warfen, sondern auch nach jenen politischen und publizistischen Biedermännern, die seit Monaten und Jahren die sogenannte "Ausländerdebatte" angeheizt haben.

Wir teilen die Meinung des Journalisten Klaus Bednarz der in einem Kommentar sagte:

'Im publizistischen Bereich sind es vor allem Hetzblätter der Springer-Presse, aber auch die "FAZ" und der "Spiegel", die zur Panikmache gegen Ausländer beigetragen

haben. Und auf seiten der Politiker seien nur drei Namen - stellvertretend für viele - genannt: Edmund Stoiber von der CSU, der einst im schönsten Nazi-Deutsch von der Gefahr einer "Durchrassung" und "Durchmischung" der deutschen Gesellschaft sprach, sowie Volker Rühe von der CDU und Klaus Wedemeier von der SPD, die als eine der ersten das Ausländer-Thema zum Wahlkampfthema machten - in der Hoffnung, rechte Wählerstimmen zu gewinnen.'

Solingen und das, was sich danach auf den Straßen abspielt, beleuchten in gespenstischer Weise die gescheiterte Ausländer- und Asyl-Politik, der Bundesrepublik Deutschland.

Es gilt, die Gefahr der wohlorganisierten rechtsradikalen und neofaschistischen Gruppen sehr viel ernster zu nehmen.

Es bedarf der Umkehr zu Humanität und Solidarität mit bedrohten Menschen, die hier leben oder hier - aus welchen Gründen auch immer - Zuflucht suchen. In der Politik wie in der Gesellschaft. Wir fordern Regierung, Parteien und Gesellschaft zum Umdenken auf. Will man eine demokratische Republik mit humanem Antlitz, darf es nicht bei Empörung und Verurteilung immer wieder neuer Verbrechen bleiben. Wohlfeile Beileidsbekundungen und Betroffenheitsadressen reichen schon lange nicht mehr aus, wir brauchen jetzt klare Zeichen und Taten für einen grundlegenden Klimawechsel in Politik und Gesellschaft. Wir fordern, daß endlich konsequent gegen rechtsradikale, gewalttätige Organisationen vorgegangen wird und ihre Strukturen zerschlagen werden. Wir wollen gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Ein erster Schritt ist die sofortige Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und des aktiven Wahlrechts für die in unserem Land lebenden und arbeitenden AusländerInnen. Wir wollen Gesetze, die eine Ausgrenzung ethnischer und sozialer Minderheiten verhindern. Wir wollen ein Land, in dem alle gemeinsam Flüchtlinge schützen, Rassismus bekämpfen und Grundrechte bewahren."

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Nahverkehr - ein Dauerbrenner

Ist der Zustand an und in den Bahnhöfen der Doppelstadt ein leidiges Thema, oder wird es den besorgten Stadtverordneten verleidet weil es ist, als wolle man "einem Ochsen ins Horn petzen". Nichts tut sich, im Gegenteil, der Zustand wird immer schlimmer. Schon mehrmals sprachen wir das Fehlen von Toiletten in den Abendstunden und an Wochenenden an, ebenso die Fahrradabstellmöglichkeiten, den schlechten Zustand der Bahnsteige, Durchsagen für wartende Fahrgäste werden kaum gemacht, die Fahrkartenautomaten sind nicht immer, aber immer häufiger kaputt..., von Verspätungen und zu wenigen Verbindungen nach und von Frankfurt ganz zu schweigen.

Der Magistrat war vom Parlament einstimmig aufgefordert worden die Probleme bei der Bundesbahn anzusprechen und für Abhilfe zu sorgen, doch weder hat sich etwas verbessert noch wurden die Stadtverordneten von Gesprächen informiert. Dabei hatten die Verwaltungsspitzen der Riedbahnangelegemeinden letztes Jahr ihr Herz für die Bahnpendler entdeckt. Sie starteten eine Umfrage unter den Fahrgästen. Bis heute ist nicht einmal das Ergebnis bekannt gemacht worden, geschweige denn hat man die Abhilfe der Mängel in Angriff genommen. Außer vollmundigen Sprüchen über das Raumordnungsverfahren zum Ausbau der Riedstrecke für den IC-Verkehr der Zukunft sollte das Nahe-liegende - der tagtägliche Nahverkehr - besprochen werden. Und vor allem, Handeln ist angesagt. rd

Rückfall

Am Pfingstsonntag hatte der Magistrat zur Neueröffnung des "Waldenserhofs" eingeladen. Für viele Walldorfer, die darauf wirklich gewartet zu haben schienen, vor allem aber für die SPD, die ihre ganze Lokalprominenz zu Kurzansprachen antreten ließ, ein wahres Fest. Lange

Millionenaufträge ohne Parlament

In der ersten Sitzung des Bauausschusses nach der Kommunalwahl lag die Mitteilung des Magistrats auf dem Tisch, wo in über 30 Punkten dargestellt wurde, was die "Stadtregierung" an Beschlüssen gefaßt hatte. Gravierend war, daß in 14 Punkten hohe Auftragsvergaben beschlossen wurden. Darunter war die Baumaßnahme Aufstockung Altenwohnanlage Heidelberger Straße und die ersten Aufträge zur Erweiterung der Altenwohnanlage Schubertstraße. Insgesamt wurden für über 4 Millionen Mark Aufträge vergeben. Zwar wurden die Beschlüsse zum Aus- bzw. Erweiterungsbau der beiden genannten Bauwerke vom Stadtparlament in der letzten Legislaturperiode einstimmig beschlossen, und im Haushalt 1993 sind die Ausgaben aufgeführt, doch hat die Art und Weise der Auftragsvergabe einen herben Beigeschmack. Die Hauptsatzung sieht vor, daß der Magistrat nur für Aufträge bis 50 000,- DM kompetent ist. Zwar sieht das Stadtrecht die Ausnahme in der "parlamentslosen Zeit" (von der Wahl bis zur Konstituierung des Parlaments) vor, doch könnte man auf die Idee kommen, die Verantwortlichen hätten gerade zu diesem Zeitpunkt die Ausschreibungen herausgebracht, um die parlamentarische Kontrolle zu umgehen. In einer Zeit, wo Korruptions- und Bestechungsfälle landesweit aufgedeckt werden und die Einschlüsse immer näher kommen (geographisch gesehen), ist solches Handeln fahrlässig. Die Stadtverordneten sollten umgehend die Unterlagen zur Auftragsvergabe erhalten und prüfen können. rd

Gesichter gab es anschließend bei dem einen oder anderen, als die (sehr gute) Suppe in Plastikschüsseln aufgetragen wurde, was in unserer Stadt eigentlich nicht mehr auf der Tagesordnung sein sollte. Hier wäre auch der Einsatz eines Geschirrmobils denkbar gewesen. Hoffentlich ein einmaliger Mißgriff in Walldorfs neuem Schmuckstück, dem wir eine gute Zukunft wünschen.

Unverschämt

3700,- DM "Lohnerhöhung" auf einen Schlag wollen sich die Bundestagsabgeordneten demnächst selbst bewilligen.

Während der jüngsten Stadtverordneten-Debatte verwies die DKP/OL-Fraktion auf diesen Skandal, erwähnte dazu noch die Namen der Absahner von Albrecht bis Krause und nannte die Städte wo Bürgermeister und andere Amtspersonen mit Selbstbedienmentalität schon im Knast hocken. Anlaß der Debatte: Die Bewilligung eines zinslosen 23000,- DM Darlehens an den ersten Stadtrat unserer Stadt. Darauf gab es einen "Ausraster" des Bürgermeisters. "Unverschämt" seien solche Bemerkungen.

Was unverschämt ist, darüber gibts eigentlich Klarheit in der Stadt. Auf keinen Fall sind's die Leute, die den Finger auf offene Wunden legen.

POST

In der April-Ausgabe las ich unter "Be-rechtigte Klagen", das Leid älterer Frauen, sonntags ein offenes Cafe in Mörfelden zu finden.

Alle, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung möchte ich sonntagnachmittags in unsere Cafeteria im Altenhilfezentrum, Schubertstr. 23-27 einladen.

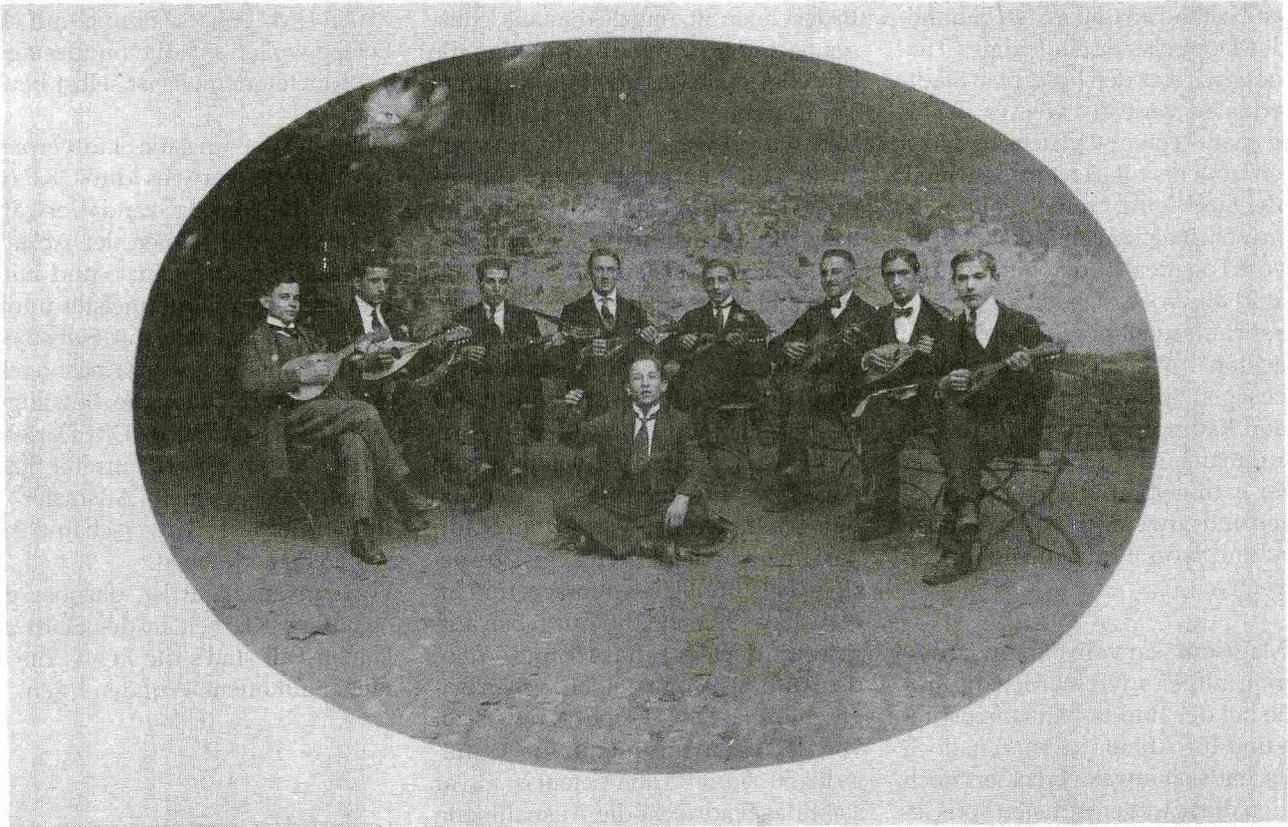
Sie steht dem Besucher während der ganzen Woche von 14.30 - 17.15 Uhr offen. Kaffee, Kuchen und Eis sind im Angebot. Bei schönem Wetter wird auch auf der Terrasse serviert.

In der Cafeteria wird außerdem gegen Voranmeldung von 12.00 - 13.00 Uhr ein günstiger Mittagstisch (auch Diät- oder Schonkost) für jedermann angeboten. Mitarbeiter und Bewohner freuen sich über jeden Besucher.

Ich möchte Sie und Ihre Leser herzlich sonntags wie werktags in das Altenhilfezentrum einladen.

Mit freundlichen Grüßen
Altenhilfezentrum
Edith Dinkelaker, Heimleiterin

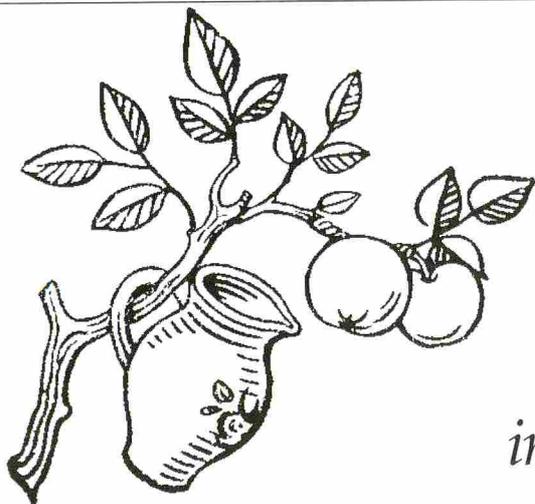
Stadtgeschichten



Ein Erinnerungsfoto aus dem Jahre 1916 zeigt die Mandolinengruppe der Arbeiterjugend in Mörfelden im Hof der Gaststätte "Zum Rosengarten" in der Bahnhofstraße.

Gegründet wurde die Jugendgruppe im Jahre 1913. Es ist nachzulesen, daß damals der sozialdemokratische Redakteur Quint aus Frankfurt in Mörfelden sprach und nach der Versammlung 37 junge Genossen ihren Eintritt erklärten. Die Arbeiterjugend trafsich vor allen Dingen zu geselligen Zusammenkünften. Man tanzte zu Grammophonmusik, spielte Sketche und kleine Szenen, oder veranstaltete Wanderungen in die Umgebung.

Sicher wurde aber auch politisch diskutiert, denn es fanden harte Auseinandersetzungen in zahlreichen sozialdemokratischen Parteiorganisationen statt, bei denen sich die Unzufriedenheit der Mitglieder mit der opportunistischen offiziellen Parteipolitik zeigte. Im April 1917 wurde die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gegründet, von der es wenig später auch in Mörfelden eine Ortsgruppe gab. Im Jahre 1919 gründete sich dann die kommunistische Partei auch in Mörfelden und nicht wenige Mitglieder der damals bestehenden Arbeiterjugendgruppen stießen zu dieser jungen Partei. Auf unserem Bild erkennen wir noch drei Mörfelder und zwar von rechts Hans Langgut, von dem dieses Foto stammt, und daneben Artur Wolf, den späteren Mörfelder Bürgermeister. Ganz links Jean Heinecke.



20. Grillfest der DKP

17. Juli 1993, ab 14 Uhr,
im Hof des »Goldenen Apfel«